III. JAHRGANG

JUDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 2875

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 124	31. Dezember 1920	כ׳ טבת תרפ״א	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Hrn. Prof. M. Sobernheim
Berlin-Charlottenburg, Steinplatz 2

Sokolow über die Grenzen Palästinas.

(Interview der „J.P.Z.")

Ausser den unserem Herausgeber gegenüber getanen Aeusserungen war Sokolow so liebenswürdig, dem Genfer R.-Korrespondenten der „J.P.Z." eine mehrstündige Unterredung zu gewähren, aus der wir die wichtigsten und für die Oeffentlichkeit bestimmten Aeusserungen wiedergeben.

In erster Reihe wurde die jetzt so aktuelle und in zion. Kreisen so verschieden beurteilte Frage der Grenzen Palästinas besprochen. Sokolow nahm einen Atlas zur Hand und die zwischen England und Frankreich strittigen Stellen bezeichnend, erklärte er: „Die Franzosen beabsichtigen, uns Erez Israel bloss in den historischen Grenzen von Dan bis Beerseba zu gewähren. Wir können uns damit nicht begnügen und fordern ausgedehntere Grenzen, um eine grössere Entwicklung der palästinensischen Industrie zu ermöglichen. Die franz. Regierung versicherte uns, im Prinzip nichts dagegen zu haben, einen Teil ihres Territoriums den Juden zur Ansiedlung zu überlassen. Da aber — motiviert Frankreich — die Zionisten gegenwärtig ihr erstes Experiment unternehmen und niemand mit Bestimmtheit sagen kann, ob dieses gelingen wird, wollen wir mit unserm Beschluss noch abwarten, denn falls die zion. Kolonisation nicht erfolgreich sein würde, wird England das von uns den Juden abgetretene Gebiet, ebenso wie ganz Palästina in seinen Besitz nehmen. Sollten wir uns jedoch überzeugen, dass das jüd. Unternehmen im Gelingen ist, werden wir uns ohne Zögern mit euch in Verbindung setzen; aber wenn wir jetzt das verlangte Territorium euch zur Verfügung stellen würden, wäre es, als ob wir es einfach England schenkten. So lautet die Argumentierung der Franzosen. Was die jetzt zeitweilig festgesetzten Grenzen anlangt, brauche ich diese nicht nochmals zu bezeichnen, da die „J.P.Z." darüber bereits berichtet hat. Nun ist es unsere Aufgabe, Palästina vorläufig in seinen biblischen Grenzen zu besetzen; nachher werden sich für uns sicherlich weitere Möglichkeiten eröffnen. Wir verhandeln noch mit der franz. Regierung wegen des Me-Merom-Gebiets, das eigentlich ein Sumpf, nach Ameliorierung Raum für mehrere Kolonien abgeben würde; vorderhand sind wir allerdings noch nicht so weit, um auf dieses Gebiet unbedingt angewiesen zu sein. Der Presse-Alarm über unzureichende Grenzen wurde unsererseits inszeniert, da wir natürlich ein grösseres Palästina gewünscht hätten und unsere Position zu stärken versuchten. Jedoch auch bei der jetzigen Grösse Palästinas werden die Pläne Ruthenbergs zur Ausführung gelangen können, bei deren grosszügiger Durchführung, selbst das historische Palästina bis 5 Millionen Seelen wird fassen können. Unsere jetzige Aufgabe besteht darin, kolossale Geldmittel aufzubringen. Hier stossen wir nun gegenwärtig auf grosse Schwierigkeiten. Die Amerikaner sind scheinbar müde geworden, die nötigen Summen aufzubringen und die Ostjuden in Anbetracht ihrer tristen ökonomischen Lage und der niedrigen Valuta nicht sehr leistungsfähig. Ausserdem begreifen die amerikanischen Juden, falls wir die zion. Vertreter als deren wahre Wortführer zu betrachten haben, keineswegs den unschätzbaren Wert der Jugenderziehung im jüd. Geiste. Als echte Businessleute, sind sie gewohnt, Geld nur für Dinge zu verwenden, die gute Dividenden abwerfen. Wir jedoch, die wir keine philanthropischen Zionisten sind, messen diesem Erziehungsproblem eine ungeheure Bedeutung bei, da unsere Zukunft davon abhängt, ob unsere Kinder in Palästina eine nationale Erziehung erhalten. Die amerikanischen Zionisten ahnen augenscheinlich nicht den moralischen Schaden, den sie dank ihrer kurzsichtigen Taktik unserer Aufbaubewegung zufügen. Es wäre zwecklos, mit ihnen darüber weiter Streit zu führen. Wir müssen deshalb selbst die nötigen Mittel finden u. zw. bei den Ostjuden, trotz ihrer jetzigen Armut. Hoffentlich werden jedoch die Amerikaner bei Errichtung der Agrarbank, Häuserbauten und anderer Unternehmungen ihre materielle Mithilfe nicht versagen."

Bei Berührung des Problems der Beschäftigung ausschliesslich jüdischer Arbeiter in Palästina erklärte Sokolow, die ganze Tragweite dieses Problems wohl zu erfassen. Man könne jedoch keineswegs die traurige Tatsache ausser Acht lassen, dass die Kolonisten nicht in der Lage sind, höhere Arbeitslöhne zu zahlen, weshalb sie auch auf arabische Arbeiter angewiesen sind. Wir wollen auch keineswegs den arabischen Arbeiter boykottieren. Wir setzen jedoch grosse Hoffnung auf die Entwicklung der Industrie. Nun erhalten qualifizierte Arbeiter, selbst bei den jetzigen ungünstigen Verhältnissen, relativ hohe Löhne. Solche Arbeiter sind sehr zahlreich unter den Ostjuden. In der Industrie läge somit die Möglichkeit vor, ausschliesslich jüd. Arbeiter zu beschäftigen, denn bei einem Riesenunternehmen, wie wir es vorhaben, muss stets auf die Lebensfähigkeit aller Unternehmungen Bedacht genommen werden.

Bezüglich der Bodennationalisierung und der betr. Beschlüsse der Londoner Konferenz meinte Sokolow: „Die Londoner Konferenz hat sich gegen die sofortige Bodennationalisierung in Palästina ausgesprochen, weil die amerikanischen Delegierten versicherten, dass in Amerika für zion. Zwecke hauptsächlich die halbassimilierten Juden die sog. „Jahudim" Geld spenden, die im Fall der Akzeptierung der radikalen Resolution über die Bodennationalisierung, den Zionisten ihre Hilfe versagen könnten. Anderseits würde auch die engl. Regierung derzeit die Bodennationalisierung kaum gestatten."

Auf die Frage, ob nicht auch für Palästina die Festsetzung von Minimallöhnen erwünscht wäre, antwortete Sokolow verneinend. Die Araber würden in diesem Falle die Kolonien einfach überfluten. Auch seien die Kolonisten nicht imstande, grössere Arbeitslöhne zu zahlen. Die Landwirtschaft dürfte jedoch seiner Meinung nach keineswegs die grosse Rolle in

Palästina spielen, wie allgemein geglaubt wird. Nur die industrielle Entwicklung werde imstande sein, Millionen zu erhalten. Ausserdem müssen wir unser Hauptaugenmerk der Wohnungs- und Erziehungsfrage zuwenden. Bei Aufbringung der nötigen Mittel wird all dies sicherlich eine befriedigende Lösung finden.

Anfragen betr. Palästina im engl. Unterhause.

Abgeordneter Croft interpellierte, ob der Ministerpräsident zusichern könne, dass die Schaffung des jüd. Heimes in Palästina nicht dem engl. Steuerzahler zur Last fallen würde und ob die Ausgaben für die engl. Armee in Palästina im kommenden Finanzjahre von der jüd. Bevölkerung Palästinas zurückbezahlt werden würden. Namens der Regierung erklärte Bonar Law: „Die Uebernahme des Mandates durch England bedeutet keineswegs, dass ständig Ausgaben auf Rechnung der engl. Steuerzahler gemacht werden sollen. Die Ausgaben für die Truppen werden nicht von der jüd. Bevölkerung zurückgezahlt werden". „Werden sie v. Palästina zurückgezahlt werden?" fragte des weiteren Croft. „Ich hege diesbezüglich keine Hoffnung" meinte Law. Auf die Frage Crofts, wann die Ausgaben für Palästina aufhören dürften, erklärte Law: Wir haben selbstverständlich gewisse Verantwortlichkeiten übernommen, aber die Regierung hat nicht die Absicht, sich bezüglich dieser Frage in grosse Ausgaben zu stürzen. Abg. Billing fragt die Regierung, ob sie einen Aufruf an die Juden Englands erlassen werde, zu diesem Zweck einen Fonds zu schaffen, um die Steuerzahler von Ausgaben für Palästina zu befreien. Abg. Kenworthy fragt, ob nicht die Juden der ganzen Welt tatsächlich grosse Summen gesammelt hätten und ob wir dem jüd. Volk, das für England gekämpft hat, nichts schulden. Ormsby-Gore fragt, ob nicht die jüd. Bevölkerung der ganzen Welt viele Tausende von Pfund für Erziehungszwecke und öffentliche Arbeiten in Palästina ausgegeben habe, die sonst England zur Last gefallen wären. Bonar Law erklärt: Es ist zweifellos Tatsache, dass die Juden grosse Summen gesammelt haben, und ich hoffe, dass die Juden der ganzen Welt noch grössere Summen aufbringen werden, um sie zugunsten der Angehörigen ihrer eigenen Rasse auszugeben. Auf die Frage Crofts, wann die engl. Truppen zurückgezogen werden dürften, erklärte Law: Die Zahl der Truppen wird verkleinert, aber eine gewisse Zahl von Soldaten müssen wir dort halten, bis die Zivilverwaltung selbst in der Lage sein wird, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Angriffen von Aussen zu widerstehen. Derzeit sei es unmöglich zu bestimmen, wann die Zivilverwaltung so weit sein wird.

— Auf verschiedene, Palästina betreffende Anfragen von Ormsby-Gore erklärte Lloyd George, dass man im Prinzip mit der franz. Regierung bezüglich der Grenzen und des Gebrauches der Wasserkräfte zu einem Einvernehmen gelangt sei, wobei noch manche Detailfragen in Verhandlung stünden, die bald erledigt werden dürften, worauf der Vertrag unterschrieben werden würde. Der Vertrag wird sodann veröffentlicht werden, falls die franz. Regierung dem zustimmen wird. Der Litanifluss werde nicht zu Palästina gehören, da die Abmachung zwischen ihm und Clemenceau bestimmte, dass Palästina nach den alten historischen Grenzen gebildet werde, d. h. von Dan bis Beerseba, also ohne den Litani.

— Gelegentlich der Debatte über die Verringerung der Ausgaben für die Armee meinte Abg. Kenworthy u. a., dass man die Okkupationsarmee von Palästina wohl verringern könnte, falls man den Vorschlag Jabotinskys, jüd. Bataillone auszuheben, annehmen würde. Die jüd. Bataillone zeichneten sich während des Krieges mit grösster Entschlossenheit aus, wurden jedoch jetzt demobilisiert. Sie könnten jetzt eine Miliz bilden, die viel billiger wäre, als die britische Besatzung. Grössere Schwierigkeiten gäbe es vielleicht mit den Arabern, aber es wäre nur gerecht, wenn man auch die Araber zwangsweise ausheben würde. Was in Mesopotamien geschehe, könne auch in Palästina getan werden. Falls unsere Politik tatsächlich ernstlich meine, Palästina zu dem zu machen, was wir so oft versprochen haben — zu einem jüd. nationalen Heim — so müsse man den Juden auch gestatten, eine eigene jüd. Miliz auszuheben, abzurichten und zu organisieren, was auch den engl. Steuerzahlern Nutzen bringen würde. Dasselbe kann auch vom arabischen Militär gesagt werden. Wir lassen auch eine viel zu geringe Einwanderung zu. Es gäbe wohl Hindernisse bezüglich des Transportes, der Wohnungen und dergl., aber Millionen Juden Zentraleuropas möchten nach Palästina gehen und könnten, falls man ihnen dies gestatten würde, eigene Verteidigungstruppen schaffen und dadurch eine Verringerung des engl. Truppenstandes ermöglichen. Kriegsminister Churchill erklärte, dass es in der jetzigen Periode des Parlamentsjahres wohl nutzlos sei, zu versuchen, verwickelte Fragen, die mit der Aussenpolitik und der Diplomatie zusammenhängen, zu diskutieren.

— Auf die Anfrage des Abg. Holl, ob bereits ein Bericht über die Jerusalemer Vorfälle vom Frühjahr eingetroffen sei u. wann dieser zur Veröffentlichung gelangen würde, erklärte Harmsworth namens der Regierung: Der bezügliche Bericht ist eingegangen gleich nach Schaffung der neuen Zivilverwaltung mit Samuel an der Spitze. Samuel wie auch alle Departements, die mit der Sache zu tun hatten, waren einstimmig der Meinung, dass die Veröffentlichung keinen Nutzen bringen würde; im Gegenteil, er könnte die Gefühle, die sich bereits beruhigt haben, wieder aufreizen. Er, Harmsworth, denke, dass dieser Standpunkt ein richtiger sei.

Das Memorandum des K.d.J.D. an den Völkerbund über die Pogrome in der Ukraine.

Das Komitee der Jüd. Delegationen, das durch direkte Wahlen, resp. schriftliche Mandate die jüd. Bevölkerung von 22 Ländern vertritt, richtet einen Appell an den Völkerbund, Gerechtigkeit ergehen zu lassen über die schrecklichsten Verbrechen, die jemals die Geschichte verzeichnet hat. Im Osten Europas, in der Ukraine, wird ein Volk von Millionen Seelen hingemetzelt; es fordert dringend von der Menschheit — vom Völkerbund — diesen Massaker ein Ende zu bereiten. Das Komitee hält eine solche Aktion für möglich, die daher eine Pflicht der zivilisierten Völker ist. Wenn der Völkerbund seine Stimme erheben würde, wäre dies der erste historische Schritt zur Abstellung der Massaker. Kategorische Erklärungen seitens der Regierungen, die sich diesem Schritt anschliessen würden, würden dieser Vernichtung Einhalt gebieten.

Seit Dez. 1918 erleben wir eine ununterbrochene Reihe von Pogromen in der Ukraine. Ein Bericht des Roten Kreuzes von Kiew verzeichnet seit Anfang Sept. 1919 die Ermordung von mehr als 30,000 Juden. (Beilage I.) Seither ist diese Zahl schrecklich angewachsen. Kürzlich aus der Ukraine gekommene jüd. Vertreter berichten einstimmig, dass die Zahl der ermordeten Juden 100,000 bei weitem übersteigt. Das K. d. J. D. besitzt Berichte über Massaker, die in mehr als 400 Orten stattfanden. (Beilage II.) Viele Pogrome waren durch ihre lange Dauer besonders schrecklich. Die Pogrome von Owrutsch dauerten vom 31. Dez. 1918 bis 16. Jan. 1919, die von Wassilkow vom 7.—15. April, von Zlatopol vom 2.—8. Mai, von Tscherkassy vom 16.—21. Mai, von Derajna vom 7.—17. Juni, von Rowno vom 14.—29. Mai, von Lytine vom 14.—25. Mai, der von Balta dauerte 9 Tage. — Die Massaker haben sich vielmals wiederholt: Radomysl, Tschernia-

kow, Kornip, Wolodarka, Elisabetgrad u. a. m. hatten 4,5 und bis zu 10 Tage Pogrome zu erdulden. (Bericht des Roten Kreuzes.) Man zählt Hunderttausende von Juden, die verwundet, malträtiert und mit Stockschlägen misshandelt wurden, mehr als 1 Million Juden wurde geplündert und vielen buchstäblich das letzte Hemd fortgenommen. Die raffiniertesten Grausamkeiten wurden ersonnen. Greise und Kinder zerstückelt, Tausende von Frauen und jungen Mädchen, selbst Kinder und Alte geschändet. (Beilage III.) Die Opfer wurden auf fürchterlichste Weise verstümmelt; so wurde ihnen der rechte Arm und das linke Bein abgehauen oder umgekehrt. Man stach ihnen ein Auge aus und schnitt ihnen die Nase ab. Die Häuser, in die die Juden sich flüchteten, wurden in Brand gesteckt, die Insassen kamen in den Flammen um. Unzählig sind die Fälle, in denen man die unglücklichen Opfer eines langsamen unbeschreiblichen Martertodes sterben liess. Der Flammentod war etwas alltägliches. Neben physischen Qualen ersann man seelische Pein, wie sie die Geschichte nicht ähnlich kennt. Man zwang Juden in Gegenwart ihrer Peiniger zu singen und zu tanzen, sich selbst zu insultieren und ihre Henker zu preisen, ihr eigenes Grab zu schaufeln und entwürdigende Akte zur Vergnügung der Wühteriche vorzunehmen. Die Unglücklichen wurden oft genötigt, der Entehrung ihrer Töchter und Frauen beizuwohnen und Kinder gezwungen, ihren eigenen Vater zu hängen. (Beilage IV.) Die Geistesverfassung der jüd. Bevölkerung der Ukraine nähert sich dem Wahnsinn. Die schrecklichen Leiden, die die ganze Bevölkerung dieses Landes infolge Hungers und Epidemien auszustehen hat, lassen sich nicht mit der Hölle vergleichen, in der sich die ukrainischen Juden seit anderthalb Jahren befinden. Die Geschichte weist nichts ähnliches auf. Die Phantasie des grössten Dichters könnte ihren Schrecken nicht ausmalen. Dantes Hölle verblasst neben den Wirklichkeiten des täglichen Lebens in der Ukraine. Die Proteste, die sich ausserhalb jüdischer Kreise in verschiedenen Ländern gegen diese Zustände erhoben, waren nur individuelle Manifestationen eminenter Persönlichkeiten. (Beilage V.) Welche bedeutsame Stellung immer diese eingenommen haben mögen, sahen sie sich doch zur Machtlosigkeit verurteilt. Es ist dringend, dass die zivilisierten Völker ihre Stimme erheben. Im gegenwärtigen Moment schweigen, hiesse sich dieser Verbrechen mitschuldig machen. Die Wechselfälle des Bürgerkrieges in Russland können die Pflichten des Völkerbundes in keiner Weise ändern. Es ist vorauszusehen, dass bei neuen Umstürzen in der sich derzeit in der Macht der Soviets befindenden Ukraina, Pogrome mit erneuter Heftigkeit einsetzen werden.

Es ist dringende Pflicht, energisch zu intervenieren, wenn verhindert werden soll, dass 3 Millionen Menschen vernichtet werden. Wenn zu einem gegebenen Moment des schrecklichen Gemetzels, dem die Welt kaltblütig zusah, die offiziellen Mächte ihre Stimme erhoben und energisch ihren festen Willen bekundet hätten, dem ein Ende zu bereiten, hätten die Massaker aufgehört. Denn selbst zur Zeit der grössten Anarchie, als keine reguläre Gewalt mehr zu existieren schien, verblieben an der Spitze der Banden Führer, die ihr Ohr liehen den Schreien der Entrüstung und der Verurteilung, die aus dem Westen kamen und sich vor einem gebieterischen und handelnden Willen gebeugt hätten. Das Komitee glaubt, dass es auch in Zukunft so sein werde. Es würde genügen, wenn schon bei der jetzigen kurzen Stille der Völkerbund seine Stimme erheben würde, damit die Vernichtung des jüd. Volkes unmöglich wird. Nun konstatieren wir, dass mehrere, wenn nicht die meisten der Hauptmörder u. Hauptschuldigen sich in den dem Einfluss des Völkerbundes unterstehenden Ländern frei und ungestraft bewegen. Wir fordern ihre exemplarische Bestrafung, in der Ueberzeugung, dass es den augenscheinlichsten und unleugbarsten Beweis der formellen Intentionen der westlichen Völker entspricht, diesen Massaker ein Ende zu bereiten.

Vor der ganzen zivilisierten Welt, vor dem Völkerbund, der die höchste internationale Vertretung verwirklicht, die je existiert hat, klagen wir als Mörder an: Ataman Struk, der an der Spitze seiner Banden 1000 Juden in 41 Orten in der Gegend von Tschernobyl gemordet hat, Kolonel Ataman Tiutiunik und Ataman Sokolowsky, deren Truppen in 70 Orten in der Gegend von Radomysl-Gitomir 3000 Juden gemordet haben, Ataman Simossenko, den verantwortlichen Anstifter des Gemetzels von Proskurow, sowie andere mehr. (Beilage VI.)

Wir hoffen, dass sich das Gewissen der Menschheit dagegen auflehnen wird, dass sich die Mörder völliger Freiheit erfreuen, Regimenter befehligen und indirekt die Gunst der zivilisierten Welt in Anspruch nehmen. Wir fordern vom Völkerbund, der die menschliche Brüderlichkeit von morgen darstellt, eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen. Es ist eine Herausforderung der Grundsätze des Völkerbundes wie der elementarsten Forderung der menschlichen Gerechtigkeit, dass man direkt oder indirekt freundschaftliche Beziehungen zu Männern unterhält, die mit dem unschuldigen Blut ihrer Opfer befleckt sind, mit Männern, die die Schrecken der spanischen Inquisition hundertfach übertroffen haben. Wir fordern kurzerhand die Bestrafung dieser Mörder. Wir erwarten, dass die ganze Menschheit unsere Forderungen mit äusserster Energie unterstützt.

Beilage II.

(Laut Bericht des russischen Roten Kreuzes von Kiew vom Sept. 1919 und Ergänzungen der jüd. Gemeinden aus Kommissionsenqueten.)

Einige Zahlen über die Massenmorde.

Ermordet wurden in Owrutsch 120, Proskurow 1754, Berschady 300, Elisabetgrad 2100, Titjewo 200, Tcherkassy 783, Pogrebistsche 400, Felschtyn 615, Radomysl (16 Pogrome) 963, Tultschin 519, Uman 550, Teplik 400, Haissine 410, Petschera 1100, Trostjanetz 378, Kamenka (Kiew) 210, Nowograd-Wolynsk 350, Matussowo 212, Gitomir 412, Janow 300, Bjelaja-Zerkiew 300, Rotmistrowka 500, Kamiennobrod 250, Balta 190, Kriwoje-Ozero 489, Kaniew 2500, Bratzlaw 269, Solotonocha 500, Funduklewka 206, Stepantzy 270, Kamenetz-Podolsk 200, Golowaniewsk 200, Rjitschew 426, Chodorowo 315, Pryluki 150, Lytine 427, Wassilkow 110, Tripolje 300 (Familien), Ladyjenka 100, Slatopol 289, Nowomirgorod 169, Perejaslaw 400, Meschigorje 194 (ertränkt), Borispol 680, Nowo-Poltawka 120, Kiew 300 Seelen.

Beilage III.

Einige Zahlen über Vergewaltigungen jüdischer Frauen in der Ukraine.

(Auszug aus den Dokumenten des K. d. J. D.)

Vergewaltigt wurden in Tscherkassy 156 Frauen, Felschtyn 200, Gitomir 200, Bjelaja-Zerkiew 50, Stepantzy 150, Rjitschew 200, Chodorowo 60, Wassilkow 36, Tripolje 170, Parejaslaw 300, Borispol 18, Kostolewitch sämtliche Frauen, Ignatowka 250, Jampol sämtliche Frauen, Talnoje 208, Fastow 270, Kiew 60, Rokitnoje 100, Gorodischtsche 40, Dymer 42, Krementschug 350,

Ueber die Hilfstätigkeit des „ORT" in der Ukraine.

Der Pariser G-Korrespondent der „J. P. Z." berichtet: Die ausländische Delegation der Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und des Ackerbaues unter den Juden (ORT) teilte dem Exekutiv-Komitee der Jüdischen Welthilfskonferenz, einen Bericht ihres Generalsekretärs Zigelnicki aus Moskau mit, worin u. a. darauf hingewiesen wird, dass das Zentral-Komitee jetzt das Hauptgewicht auf die Arbeit in der Ukraine legt und dass in einer Reihe von Städten, wie Berditschew, Tscherkassy, Winniza, Kamenez-Podoslk, Nowograd-Wolynsk, lokale Abteilungen der Gesellschaft gebildet wurden, die eine aufopferungsvolle Tätigkeit entwickeln, durch die besonders landwirt-

schaftliche Kooperativen und genossenschaftliche Werkstätten gegründet werden. Zugleich werden Verhandlungen geführt mit der Räteregierung, dass die jüd. professionellen Schulen, die den Gesellschaften ORT, JCA u. a. gehört haben, der Leitung des ORT unterstellt werden. Die Abteilungen des ORT in Räterussland und der Ukraine unterstreichen besonders die Notwendigkeit, ihnen Gegenstände zu schicken, für gehörige Einrichtung der kooperativen Werkstätten und professionellen Schulen. Hindernisse für den Import all dieser Dinge nach Russland bestünden nicht. In den Rayons von Witebsk und Homel sind bereits ca. 70 jüd. landwirtschaftliche Kooperativen eingerichtet, die auf 2700 Dessjatinen Boden arbeiten. Im Minsker Rayon bearbeiten diese Kooperativen 3000 Dessjatinen. Das Zentralkomitee des ORT hat mit dem russischen Obersten Wirtschaftsrat zwecks Organisierung neuer grosser Werkstätten eine Abmachung getroffen, derzufolge der ORT diese Werkstätten mit Maschinen und Handwerkzeug beliefert und Instruktoren delegiert, die den Arbeitsgang zu inspizieren haben. Der Oberste Wirtschaftsrat hat dagegen die von dem ORT organisierten Fabriken und Werkstätten mit Aufträgen, wie auch mit Rohmaterialien und Zutaten zu beliefern. Die fertigen Produkte werden dem Obersten Wirtschaftsrat abgeliefert. Ueber alle Gegenstände, die in diesen Werkstätten aus dem Material hergestellt werden, die der ORT aus dem Ausland zur Versorgung der Pogromopfer erhalten wird, kann der ORT frei verfügen; ferner steht ihm das Recht zu, bei diesen Fabriken und Werkstätten für die Arbeiter Wohnungen, Küchen und Lehrwerkstätten einzurichten, bei Bedarf Heimarbeit zu vergeben, d. h. sich auch mit Arbeitsvermittlung zu befassen. Die ausländische Delegation des ORT ergreift jetzt Mittel, um für ihre Arbeits- und Lehrwerkstätten in Russland und der Ukraine die nötigen Maschinen und Handwerkszeuge zu überschicken. Im November sollte in Moskau eine Konferenz des Zentralkomitees des ORT mit den Vertretern der lokalen Komitees. über eine Reihe von Fragen der praktischen Arbeit stattfinden, worüber die Berichte noch ausstehen.

Zu den Pogrom-Eingaben an den Völkerbund.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric **Drummond**, bestätigt in einem Schreiben vom 21. Dez. an den Herausgeber der „J.P.Z." den Empfang der beiden an den Präsidenten der Völkerbundsversammlung, Hymans, gerichteten Briefe der „J.P.Z." betreffs der Judenpogrome in Osteuropa und teilt in seinem Antwortschreiben gleichzeitig mit, dass hinsichtlich der Frage, auf die wir die Aufmerksamkeit der Völkerbundsversammlung lenkten, bereits eine diesbezügliche Veröffentlichung der Eingaben des „Comité Central Israélite" in Paris und des Präsidenten des „Komitees der Jüdischen Delegationen" in Genf in Nr. 35 des Journal der ersten Völkerbundsversammlung vom 18. Dez. erfolgt ist.

Chronik.

Polen.

— Der Klub der jüd. Abgeordneten wandte sich an den Aussenminister, damit im Friedensvertrag mit Sovietrussland bezüglich des Schutzes der nationalen Minoritäten die Bestimmungen klarer gefasst werden als es in der Uebersetzung des Versailler Vertrages geschehen ist, die willkürlichen Interpretationen Raum gebe. Es handle sich um die tatsächlichen Intentionen der Verfasser des Versailler Traktates, denen nichts von einer ständigen und nichtständigen Bevölkerung Kongresspolens bekannt war. Es müsse jetzt klar und deutlich bezeichnet werden, dass die Erlangung der polnischen Staatsbürgerschaft einzig abhänge von der Tatsache des Wohnsitzes in Polen z. Zt. der Ratifizierung, resp. des Geburtsortes und nicht von irgend einer Art politischer Registrierung.

— In Beantwortung einer Interpellation der Abg. Thon und Genossen, wegen Amovierung von Offizieren jüd. Nationalität aus der polnischen Armee, erklärte Kriegsminister Sosnkowski, dass als Offiziere nur diejenigen berufen würden, die sich durch Vaterlandsliebe u. Aufopferungsfähigkeit auszeichnen, was grundsätzlich nur der Fall sei bei denen, die nicht nur die polnische Staatsbürgerschaft besitzen, sondern auch der polnischen Nationalität angehören. Infolgedessen sei Leutnant Stein, um den es sich in der Interpellation handelte, vom Dienst ohne Zuteilung zur Reserve enthoben worden, da er in seiner Evidenzkarte sich als zur jüdischen Nation zugehörig bezeichnet hatte.

— Als Folge der vom amerikanischen Kongress angenommenen Einwanderungsbeschränkungen, die noch lange nicht rechtskräftig sind und wie allgemein erwartet, vom Senat verworfen oder zumindest stark abgeschwächt werden dürften, hat bereits jetzt der amerikanische Konsul in Warschau die Visierung der Pässe derjenigen Emigranten, die nicht zu ihren Männern, resp. Eltern oder Kindern nach Amerika reisen, eingestellt.

— Wie verlautet, begibt sich auf Grund der Beschlüsse der Pressburger Aguda-Konferenz eine Delegation der polnischen Aguda mit den Wunderrabbis von Gerr u. Ostrowszy an der Spitze nach Erez Israel, an der nahezu hundert begüterte Orthodoxe teilnehmen dürften.

— Bei den soeben in Tarnow stattgefundenen jüd. Gemeindewahlen errangen die Zionisten einen vollständigen Sieg. Im Kompromisswege hatten sie auf ihre Liste auch 7 Orthodoxe gesetzt, von denen jedoch nur 6 gewählt wurden.

— Der Warschauer „Jud" berichtet über eine Köpenickiade, der die jüd. Bevölkerung von Ruzany, Gouv. Lomza, zu Opfer gefallen ist. Drei Neuangekommene stellten sich im Magistrat als Untersuchungskommission vor, mit dem angeblichen Auftrag, Nachforschungen naah den „Verbrechen" der Juden anzustellen. Die polnische Bevölkerung war natürlich mit Freuden sofort bereit, ein ganzes Sündenregister aufzuzählen. Die reichen, angesehenen Juden wurden verhaftet, malträtiert und erst nach Erlegung eines entsprechenden Lösegeldes freigelassen. Als die angebliche Untersuchungskommission, von der Ortsbevölkerung aufgehetzt, auch bei allen anderen Juden Abfindungssummen zu fordern begann, wandten sich diese an den Kommandanten der nächstgelegenen Stadt um Hilfe, der alsbald den Schwindel aufdeckte und die „Untersuchungskommission" verhaftete.

— Das Unterrichtsministerium hat den jüd. Mittelschulen in Lemberg u. zw. dem klassischen- u. Realgymnasium für Knaben und dem Realgymnasium für Mädchen das Oeffentlichkeitsrecht verliehen, deren Reifezeugnisse somit dieselben Rechte wie die Zeugnisse der staatlichen Schulen geniessen. Die jüd. Mittelschulen in Lemberg sind die ersten jüd.-nationalen Schulen in Kleinpolen, die das Oeffentlichkeitsrecht besitzen.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Bei den Musterungen in Wilna bilden die Juden die weitaus grösste Mehrzahl der zum Dienst Einberufenen.

— Der Misrachi in Wilna gibt ein Wochenblatt in jiddisch heraus. Die Herausgabe einer Monatsschrift in hebräisch steht bevor.

Lettland.

— Am 13. Dez. ist im Alter von 63 Jahren in Riga der bekannte hebräische Schriftsteller und Verfasser zahlreicher pädagogischer Werke Israel Chaim Tawjow an Herzschlag gestorben.

Siebenbürgen.

— Anlässlich der Volkszählung in Rumänien enthält die Weisung des Bürgermeisters von Grosswardein u. a. folgende Bestimmung: Ich bringe der Bevölkerung der Stadt zur Kenntnis, dass im Sinne des Friedensvertrages und Erlasses des Staatssekretariates, die Juden eine nationale Minderheit bilden. Jede Person israelitischen (orthodoxen, neologen) Bekenntnisses ist daher verpflichtet, sich als der jüd. Nationalität angehörig zu deklarieren. Auch der Präfekt von

Klausenburg hat eine ähnliche Verordnung erlassen.
(Jüdische Volkszeitung, Bratislava.)

— Auf der vom orthodoxen Oberrabbiner Moses Glasner eröffneten zion. Jahreskonferenz in Cluj (Klausenburg) wurde folgende feierliche Erklärung angenommen: „Die höchste politische, kulturelle und wirtschaftliche Vertretung der jüd. Einwohnerschaft Siebenbürgens, des Banats, des Marmarosch und der Körösgegend ist der in Klausenburg befindliche jüd. Nationalverband Siebenbürgens. Die jüd. nationalen Bewohner erwähnter Gebiete erklären feierlichst, dass die hier sesshaften Söhne des jüd. Volkes treue Staatsbürger Grossrumäniens sein wollen und an den staatsbürgerlichen Pfichten und Rechten in gleichem Masse mit den übrigen Staatsbürgern teilzunehmen wünschen. Die Konferenz fordert für die jüd.-nationale Einwohnerschaft die Sicherung der Rechte der Nationalitäten auf verfassungsmässigem Wege. Sie fordert die vollständige, kulturelle, religiöse und humanitäre Selbstverwaltung. Sie beansprucht für die Judenschaft eine, ihrer Zahl entsprechende Vertretung in der Legislative, Regierung, Verwaltung und Rechtspflege. Zu diesem Zwecke wäre für die nationalen Minderheiten ein Ministerium mit einem jüd. Staatssekretariat zu errichten. Es müsse ein Nationalitäten-Kataster und ein proportionelles Wahlrecht, das den Minderheiten ihre Vertretung sichert, geschaffen werden. Die Konferenz fordert ferner die Möglichkeit der freien Ausübung der Religion nach jeder Richtung und dass die den Sabbath feiernde Judenheit nicht gezwungen werde, auch die Sonntagsruhe zu halten. Die Judenheit erwähnter Gebiete nimmt opferfreudig am Aufbau Palästinas und am kulturellen Erziehungswesen teil. Die Konferenz erachtet es als notwendig, dass die in Grossrumänien wohnhafte Gesamtjudenheit in einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Organismus vereinigt werde.

Deutschland.

— Wie der „J.P.Z.“ aus Berlin unterm 29. Dez. telegraphiert wird, wurde die Sitzung des zion. Zentralkomitees wegen Sokolows Absage auf den 9. und 10. Januar verschoben. Jabotinsky wird an der Sitzung teilnehmen.

Der totgesagte, bekannte hebräische Schriftsteller Elieser Steinmann ist auf der Durchreise nach Amerika in Berlin eingetroffen. Steinmann, der vor ungefähr 2 Monaten Odessa verliess berichtet, dass das Mitglied des A.C. und Direktor der Odessaer Filiale der jüd. Kolonialbank, Samuel Barbasch, der das Lager der Karmelweine bewachte, der Spekulation verdächtig befunden und von den Bolschewisten hingerichtet worden ist.

— Der bekannte Frauenarzt, Geheimer Medizinalrat Prof Landau ist am 29. Dez. im Alter von 72 Jahren in Berlin gestorben.

Frankreich.

— In Paris weilt auf einem Besuche Europas der argentinische Oberrabbiner Dr. Chalfon, um im Auftrag der argentinischen Regierung die Einwanderung der Juden nach Argentinien zu fördern. Vor seiner Abreise hatte er eine Audienz beim Präsidenten der argentinischen Republik, der ihm erklärte, dass Argentinien seine Entwicklung den eingewanderten Juden verdanke und den Rabbiner aufforderte, in Europa Schritte zu unternehmen, um einen grossen Teil des jüd. Auswandererstromes nach Argentinien zu lenken. Die jüd. Einwanderer würden besondere Begünstigungen geniessen.

— Die „Alliance“ spricht in ihrer Eingabe an den Völkerbund stets nur von der Wahrung der den religiösen Minoritäten im Friedensvertrag gewährten Rechte und vermeidet es konsequent, von nationalen Minoritäten zu sprechen. Es dürfte dies wohl Wasser auf die Mühle der Polen sein. Der Warschauer „Najer Hajnt“ und die Londoner „Jewish Times“ nehmen in Artikeln scharf dagegen Stellung.

— Der ehemalige Grand-Rabbin der Türkei, Chaim Nahum, weilt seit kurzem in Paris, wo er von Ministerpräsident Leygues empfangen wurde. Nahum soll in politischer Mission nach Paris gekommen sein und die Wiedereinsetzung in sein früheres Amt anstreben.

England.

— Der auf der Aguda Versammlung in der Assembly Hall durch Rabb. Horowicz zur Verlesung gebrachte Brief Herbert Samuels lautete: Lieber Rabbiner Horowicz! Ich habe mit grossem Interesse von der Konferenz der Vertreter der orthodoxen Judenheit gehört, an welcher teilzunehmen Sie im Begriff sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieser Versammlung meine herzlichsten Grüsse übermitteln würden, sowie den Ausdruck meiner Hoffnung, dass sie all' ihre Kraft für die Entwicklung von Erez Israel einsetzen möge. Das Werk, an welchem wir interessiert sind, ist von höchster Bedeutung sowohl für die Gegenwart als für die Zukunft der Judenheit und es sollte ein machtvoller Appell ergehen an alle Parteien der Gemeinden aller Länder, in denen Juden wohnen.

— Laut Meldung des Pariser Korrespondenten des „Exchange“ gewinnt Palästina durch die jetzige Grenzbestimmung ein Territorium von 50 km Länge und 25 km Breite, das bis 120 km an Damaskus heranreicht. Die französische Presse drückt ihre Unzufriedenheit mit der Abmachung aus. Das „Journal“ erklärt, dass Frankreich um das reiche, vom Jordan bewässerte Flachland gekürzt worden sei.

— An alle Juden wurde ein Manifest des Keren Hajessod erlassen, der zu zahlreichen, freiwilligen Spenden auffordert. Nicht fremde Schlüssel, sondern nur unsere eigenen können die Tore Palästinas unseren Wanderern aufschliessen. Nur durch grosse Opfer können die Tore weit geöffnet werden. Das Manifest ist von Slatopolsky, Jabotinsky, Naiditsch, Feiwel, Lord Rothschild, Mond, Weizmann, Sokolow, Cowen und Redclif Salomon unterschrieben.

Griechenland.

— Laut „Doar Hajom“ wurde der Jaffaer Oberrab. Benzion Uziel zum Chachambaschi von Saloniki gewählt. (s. „J.P.Z.“ Nr. 115.)

Amerika.

Die neue Einwanderungsbill.

Die neuen Einwanderungsbeschränkungen wurden, wie bei der grossen vorhergegangenen Agitation nicht anders zu erwarten war, im Repräsentantenhaus mit grosser Majorität, 293 gegen 41 Stimmen, angenommen. Den Gegnern gelang es nur, die Bill ein wenig abzuschwächen. So gelten die Bestimmungen nicht, wie vorher geplant, für 2, sondern nur für 1 Jahr. Kongressmitglied Sigel konnte sein Amendement durchsetzen, dass auch Brüder und Schwestern derjenigen, die erst ihre sog. ersten Papiere besitzen, nach Amerika gelangen dürfen. Referent Johnson malte die Folgen der übergrossen Einwanderung in schwärzesten Farben, um möglichst viele Anhänger für die Bill zu gewinnen. Er verschmähte dabei auch nicht, auf die im franz. Senat eingebrachte antisemitische Interpellation zu verweisen, die einwandernden Ostjuden hätten nach Frankreich den Typhus und verschiedene andere ansteckende Krankheiten verschleppt, ohne zu erwähnen, dass bereits die Haltlosigkeit erwähnter Behauptung nachgewiesen worden sei. Interessant ist, dass auch die United States Shipping Board, die Regierungskorporation, der der Aufbau der amerikanischen Handelsflotte obliegt, gegen die Bill Stellung genommen hat, da sie in der Einstellung der Immigration eine Gefahr für die amerikanische Handelsflotte erblickt. Im allgemeinen wird jedoch die Bill in jüd. Kreisen nicht allzu tragisch genommen, da es fast sicher ist, dass sie vom Senat verworfen werden wird. Unter den Gegnern der Bill befindet sich auch der Gouverneur von New-York, Smith, der in einem dem „Mornig Journal“ gewährten Interview sich sehr scharf gegen die Bill ausspricht. Nicht nur die Bürger Amerikas sondern auch Nichtbürger müssten das Recht haben, ihre Verwandten vor den im Osten wütenden Pogromen nach Amerika zu retten. Darüber sollte es eigentlich keine verschiedenen Meinungen geben. Die Amerikaner dürfen nicht gegen die Leiden der ukrainischen Juden gleichgültig bleiben und müssten ihnen die Tore ihres Landes öffnen, auch

wenn sie gar keine Verwandte in Amerika hätten.

— Senator Dilingham hat im Senate die Regelung der Einwanderung nach einer Prozentnorm vorgeschlagen. Aus jedem Lande sollen jährlich 5 Prozent von der aus diesem Lande bereits in Amerika sich befindenden Zahl von Landsleuten einwandern dürfen. Bezüglich der neugegründeten Staaten solle in Amerika eine Schätzung vorgenommen werden, wie viele Einwanderer aus diesen Staaten sich bereits in Amerika befinden, um danach die 5 Prozent feststellen zu können. Nach diesem Vorschlage wird die Einwanderung aus Ost- und Westeuropa, Türkei und Asien 738,000 pro Jahr betragen.

— Auf einer Sitzung der Joint Exekutive vom 12. Dez. wurde von James Becker Bericht über die Konferenz der Jointdirektoren in Wien und die Hilfsarbeit in Europa erstattet. Die Minimalforderungen der einzelnen Länder mussten stark gekürzt werden, wobei allerdings die Differenz zwischen den geforderten und bewilligten Summen sehr verschieden ist. So verlangte z. B. Polen 2,700,000 Dollar und erhielt nur 690,000, Oesterreich 731,000 und erhielt 200,000, während Palästina 400,000 Dollar auf geforderte 485,000 bewilligt wurde. Da dem Joint nur mehr beschränkte Mittel zur Verfügung stehen und der Ruf nach Veranstaltung einer neuen Sammlung immer lauter wird, erklärte Felix Warburg auf der Sitzung, dass der Joint sich bloss mit der Verteilung zu befassen habe, während die Initiative zu neuen Sammlungen von den drei im Joint vertretenen Komitees selbständig zu ergreifen sei. Die Diskussion machte klar, dass neue Sammlungen unbedingt werden vorgenommen werden müssen, um nur das jetzt angenommene, so stark beschnittene Budget für die momentane Hilfsarbeit zu ermöglichen.

— Am 12. Dez. fand die erste Sitzung der neugewählten nationalen Exekutive der zion. Org. statt. Zu Sekretären für das Palästina- und Organisationsdepartement wurden de Haas und Louis Lipsky gewählt. Ueber den Vorschlag des Direktors der jüd. Kolonialbank, Cowen, in New-York eine Agentur der Kolonialbank zu gründen, wurde vorläufig kein Beschluss gefasst, weil die Zeit dafür momentan nicht günstig sei. U. a. wurde beschlossen, prominente Hebräer zur Mitwirkung am Hatoren heranzuziehen, um die Zeitung materiell unabhängig zu machen. Die nächste Sitzung der Exekutive wird in Anwesenheit Weizmanns am 16. Januar stattfinden.

— Das Administrativkomitee des amerikanischen jüd. Kongresses erliess folgende Erklärung: Wir stellen fest, dass die provisorische Organisation für die Einberufung eines amerikanisch-jüd. Kongresses in gar keiner Verbindung steht und keine irgendwie geartete Verantwortlichkeit trägt für die Agitation, die von einem Komitee geführt wird, das letztens einen Aufruf erlassen und auch einige Versammlungen einberufen hat, betr. eines geplanten jüd. Weltkongresses, der im Mai 1921 im Haag zusammentreten soll. Des weiteren wird festgestellt, dass Shomer, Vorsitzender oben erwähnten neugegründeten Komitees, nicht mehr Mitglied des provisorischen Komitees des amerikanisch-jüd. Kongresses ist. (Wir bemerken, dass wir bereits in Nr. 121 der „J.P.Z." berichteten, dass die Agitation für die Einberufung des jüd. Weltkongresses für den Mai 1921 nach dem Haag nur von einer Gruppe von Einzelpersonen geführt werde, im Gegensatz zu den Meldungen fast der gesammten jüd. Tagespresse, die auf Grund eines Berichtes des Jüd. Corr. B., London, Shomer als Präsidenten des amerikanischen jüd. Kongresses bezeichnete und erwähnten Bestrebungen die grösste Wichtigkeit beimass.)

— Dem Anfangs Dezember in Amerika eingetroffenen Kownoer Rabbiner, Schapira, wurde seitens der Rabbiner Amerikas ein überaus feierlicher Empfang bereitet. Rabb. Schapira bezeichnete als einziges Ziel seiner Amerikareise, die Rabbiner und Orthodoxen zur Hilfe für die Thoralehrstätten in Litauen, die sich in grosser Not befinden, heranzuziehen.

Kanada.

— Die Erschwerungen der Einwanderung werden strenge durchgeführt. Das Immigrationsdepartement hat eine Erklärung erlassen, dass es keine irgendwie geartete Ausnahmen zulassen werde. Die zahlreichen Gesuche, die bereits in den Häfen sich befindenden Immigranten hereinzulassen, unter Zusage der notwendigen Garantien durch die Verwandten, wurden zurückgewiesen.

— Unter Beteiligung von 133 Delegierten wurde am 12. Dez. in Toronto die erste kanadische Misrachikonferenz eröffnet.

Erez Israel — Palästina.

— Am 7. Dez. hat das Advisory Council seine 3. Tagung begonnen. Wegen Platzmangel folgt ein ausführlicher Bericht in einer der nächsten Nummern.

— Nach Beschluss des geschäftsführenden Ausschusses wurde der Waad Leumi auf den 22. Dez. zu seiner zweiten Sitzung einberufen.

— Am 10. Dez. wurde die in Haifa tagende allgemeine Konferenz der jüd. Arbeiter Palästinas geschlossen und ein gemeinsamer Rat gewählt, der alle Angelegenheiten der Organisation leiten soll. Der Rat setzt sich aus 27 Mitgliedern zusammen, von denen 10 der Achduth Haawodah und 7 dem Hapoel Hazair angehören. Alle praktischen Arbeiterinstitutionen, sowohl die der Achduth Haawodah, wie die des Hapoel Hazair, übergehen an diese gemeinschaftliche Arbeiterorganisation, ausser der Arbeiterkasse, deren Zentrale im Auslande ist und über die der Rat noch Beschluss fassen soll. Es wurde auch beschlossen, eine Arbeiteraktienbank, ein Institut für öffentliche Arbeiten und ein zentrales Immigrationsbüro zu gründen. Des weiteren beschloss die Versammlung, die Existenz der 4 Arbeitergenossenschaften (Kwuzoth), deren Auflösung von der zion. Kommission beschlossen worden war, zu sichern, wenn auch dadurch andere notwendige Arbeiten leiden sollten.

— Der 4. Dez. wurde von den Juden Jerusalems als Doppelfeiertag begangen: „Aufrufen" Edwin Samuels und dritter Jahrestag der Eroberung Jerusalems, der allerdings erst auf den Sonntag fiel, jedoch mit Rücksicht auf die Feier im Hause des Oberkommissärs schon am Samstag gefeiert wurde. Samuel hatte es besonders gewünscht, dass sein Sohn in der Synagoge Rabbi Jehuda Hachassid zur Thora gerufen wurde, und dadurch einmal mehr bewiesen, wie sehr er an altjüdischen Bräuchen festzuhalten wünsche. In der Synagoge sassen rechts und links von Samuel Rabbi Kook und Chachambaschi Jakob Meir, während der Bräutigam den ständigen Sitzplatz Rabbi Kooks benutzte. Der Bräutigam las mit erhobener Stimme und üblicher Betonung die Haphtora. Der Jahrestag der Einnahme Jerusalems, die Balfourdeklaration, der Beschluss von San Remo und die Ernennung Samuels wurden in einer Ansprache von David Jellin gefeiert. Ein besonderes von Rabbi Kook zu Ehren des Tages verfasstes Gebet wurde unter die Anwesenden verteilt. Weitere Reden hielten die Rabb. Kook und Meir. Gegen Schluss des Gottesdienstes kam auch Stadtpräsident Nashashibi in die Synagoge. Zum Abschluss wurde vom Vorbeter und allen Anwesenden die Hatikwah gesungen. Auf dem Wege von der Synagoge wurden Samuel und Gefolge von Tausenden — Juden wie Nichtjuden — begeistert begrüsst. An dem vom Hotelier Amdursky gegebenen Gastmahl nahmen gegen 50 Leute teil, darunter auch Stadtpräsident Nashashibi. Samuel betonte in seiner Rede, dass er sich freue, am ersten Chanukatage, der Erinnerungsfeier der Erlösung Jerusalems von den Griechen und der Feier der Erlösung Jerusalems durch die

britischen Truppen, auch eine eigene Festlichkeit, den Hochzeitstag seines Sohnes begehen zu können. Sein Sohn hätte für seine Hochzeit keinen passenderen Tag finden können.

— Am 9. Dez. fand die spezielle Feier des 3. Jahrestages der Einnahme Jerusalems statt. Um 9 Uhr morgens fand ein militärischer Umzug statt. Am Jaffaer Tor defilierten 2000 jüd. und nichtjüdische Schulkinder. Um 11.30 Uhr fand in der St. Georgs-Kirche in Anwesenheit des Oberkommissärs, der Spitzen der Behörden und Vertreter aller Gemeinden und Religionen eine in englischer, arabischer und hebräischer Sprache abgehaltene religiöse Feier statt.

— Gegenüber den allgemein verbreiteten Gerüchten, dass am 5. Dez. die Mobilisierung der neuen jüd. Legion begonnen hat, wird offiziell mitgeteilt, dass diese Meldung den Tatsachen nicht entspreche. Der genaue Termin der Mobilisierung soll in den nächsten Tagen festgesetzt werden.

— Wie dem „Haaretz" aus Haifa gemeldet wird, hat der Bruder des Kommandanten Bianchini die Mörder seines Bruders ausfindig gemacht, die sich jetzt in Damaskus im Gefängnis befinden. Am 10. Dez. begab er sich nach Damaskus, um sich von dort nach Beirut und Italien zu begeben.

— Die Häupter der muselmanischen und christlichen Religionsgemeinden haben ihren zum Palästinakongress in Haifa bestimmten Delegierten die schriftliche Vollmacht erteilt, dort nach aussen und innen bindende Beschlüsse zu Gunsten des Landes zu fassen und eine Deputation zu wählen, die sich ehestens nach Europa begeben soll, um die zion. Immigration entschiedenst zu verhindern, ohne sich irgendwie auf die geringsten Kompromisse einzulassen.

— Im Kreise Jerusalems hat man nach der Regenperiode bereits mit dem Ackern begonnen. Die Wasserröhren wurden gereinigt und repariert. Ein Viertel des landwirtschaftlichen Bodens um Jericho ist bereits durchackert. Die Orangen- und Zitronenernte ist fast doppelt so gross als im vorigen Jahre.

— Auf der letzten Sitzung der Jerusalemer Handelskammer wurde mitgeteilt, dass die Regierung bei Untersuchung der grossen Teuerung der notwendigen Lebensmittel festgestellt habe, dass die Teuerung keineswegs ihren Grund in Preistreiberei habe. Nach längerer Diskussion über die Frage der hohen Transportkosten wurde beschlossen, auf die englischen Schiffahrtsgesellschaften einzuwirken, mit ihren Frachtpreisen herunterzugehen, umsomehr, als die Schiffe der ehemals feindlichen Länder bereits begonnen hätten, mit den engl. Gesellschaften in Konkurrenz zu treten. Die Tatsache, dass die Frachtraten von Alexandrien nach Jaffa doppelt so hoch sind, als die von London nach Alexandrien, beweise zur Genüge, wie nötig die Errichtung eines direkten Schiffsdienstes zwischen England und Palästina sei. Es wurde beschlossen, alle diesbezüglichen Informationen zu sammeln, um mit der Regierung erwähnte Fragen behandeln zu können.

— Die „Umbria" landete 550 Immigranten aus Konstantinopel, darunter zahlreiche Arbeiter aus Bulgarien und Rumänien.

— Am 16. Dez. landete ein Dampfer aus Triest im Hafen Jaffas 200 Immigranten.

— Wie der Waad Hazirim mitteilt, werden verwandtenlose Chaluzim unter 19 bis 20 Jahren nur in besonderen Ausnahmefällen und bei besonderer physischer Eignung nach Palästina geschickt werden können. (Z.K.)

— In Daganiah wurde eine neue Arbeitergenossenschaft (Kwuzah), Daganiah III, errichtet, der 600 Dunam zur Bearbeitung zugewiesen wurden.

— Da sich in letzter Zeit die Grippe in besorgniserregender Weise in Jerusalem verbreitet, hat die Leitung der Hadassa ein Rundschreiben erlassen, in dem die notwendigen Vorsichtsmassregeln zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Die Krankheit nimmt einen milden Verlauf und bis jetzt sind nur wenige Sterbefälle zu verzeichnen.

— Laut „Doar Hajom" vom 3. Dez. ist in Behandlung der palästinensischen Pässe in den englischen Häfen eine Verschärfung eingetreten. Ithamar Ben-Awi, der mit einem Pass als palästinensischer Bürger soeben nach Palästina zurückgekehrt ist, hatte bei seiner Einreise nach England grosse Schwierigkeiten, während auf seiner Durchreise durch Italien und Frankreich sein palästinensischer Pass die gleiche Behandlung fand, wie die Pässe anderer Länder. Ben-Awi sandte deshalb gleich nach seiner Rückkehr ein Protesttelegramm an Samuel mit der Forderung, dass die palästinensischen Reisepapiere mindestens dieselbe Rechte geniessen sollen, als die syrischen in Frankreich.

— Prof. Pick und Rabb. Fishmann besuchten das misrachistische Immigrations- und Arbeitsbüro in Jaffa, wie auch das misrachistische Arbeitshaus in Petach-Tikwah. In Jaffa hatten sie eine wichtige Besprechung mit führenden Misrachisten im Hause des Oberrabb. Uziel, an der auch Feist aus Frankfurt teilnahm, hauptsächlich bezüglich der weiteren Entwicklung des Tachkemoni. Es wurde beschlossen, für den 28. und 29. Dez. eine Sitzung des Misrachizentralbüros nach Jerusalem einzuberufen.

— Nissenbaum, Vertreter der Agudas Jisroel in Deutschland, der eine Million Mark für eine orthodoxe Kolonie in der Nähe von Haifa gespendet hat, ist in Haifa eingetroffen und weitergereist, um zu diesem Zweck Untersuchungen in Galiläa anzustellen. (Haaretz.)

— Mit Rücksicht darauf, dass es endlich gelungen ist, Zisternenwagen für den Naphthatransport von Aegypten nach Palästina in Verkehr zu setzen, konnte der Naphthapreis herabgesetzt werden.

— Am 29. Nov. fand in Jerusalem die Jahresversammlung der internationalen Apothekerorganisation statt.

— Infolge Rückzuges der Subvention seitens des Joint wurde die unter Leitung von Dr. Goldberg stehende jüd. Gesundheitsstation geschlossen.

— Zur Erhöhung der Strassensicherheit wurde seitens der Regierung der Nachtwächterdienst in den Strassen Jerusalems durch Heranziehung erstklassiger Wachmänner verstärkt.

— Laut „Najer Hajnt" ist es den Bemühungen Dr. N. Syrkins gelungen, in jüd. Arbeiterkreisen Amerikas eine Anleihe von 100 000 Dollar zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen für die Arbeitergenossenschaften in Palästina aufzubringen.

— Jakob Caleb ist am 9. Dez. in Haifa eingetroffen, um dort die Niederlassungsmöglichkeiten für die Juden Bulgariens zu studieren.

Schweiz.

Basel. — Sch. — Am 21. Dez. fand sich in Basel eine aus A. J. Rom, A. Stern und P. M. Goldschmidt bestehende von Dr. M. Schabad, Zentralsekretär des Schweiz. Z. V., begleitete Delegation der Misrachi-Landes-Org. f. d. Schweiz bei Sokolow ein. Nach einer Begrüssung durch den Präs. des Schweiz. Misrachi A. J. Rom referierte Stern (hebräisch) über die Misrachi-Landes-Org., wobei er die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Orthodoxen hervorhob.

Sokolow erwiderte: „Ich wurde gerade jetzt ersucht, meine Meinung über die Möglichkeit einer Annäherung der orthodoxen Kreise zu äussern. Während meines Pariser Aufenthaltes erklärten mir drei Herren aus Warschau, als Delegierte der Szlome Emune Jsroel, dass die Orthodoxen grosses Interesse an der Kolonisierung von Erez Jsrael haben und dabei mitarbeiten wollen. Ich stellte fest, dass kein Unterschied gemacht werde und dass organisierte Zionisten bei Einwanderung in Palästina im Vergleich zu sonstigen jüd. Einwanderern, keine Privilegien geniessen. Die Frage der Herren Awrach und Rosenfeld nach der Möglichkeit einer Beteiligung der Agudisten an den Komitees in Polen beantwortete ich mit dem Hinweis auf die lokalen Organe, die darüber zu entscheiden kompetent sind, und erklärte mich bereit, meinen Freunden in Warschau eine wohlwollende Prüfung dieser Frage nahezulegen. Eine Beteiligung an der damaligen politischen Arbeit musste ich für den Moment als technisch undurchführbar bezeichnen. In meiner Eigenschaft als Präs. des K. d. J. D., war ich da-

mals für die Verteidigung der jüd. ethnischen Minderheitsrechte tätig, doch wurde diese Frage von meinen Gästen in keiner Weise berührt. Nach einigen Monaten kam Dr. Lewenstein und unterhielt sich mit mir ganz allgemein, ohne praktische Vorschläge zu machen. Ich sprach mit ihm eine halbe, vielleicht auch eine Stunde. Von einer Brüskierung kann keine Rede sein. Es war augenscheinlich ein Missverständnis, wenn jemand geantwortet hat, Sokolow habe Dr. Lewenstein nicht gesprochen. In Paris war das Bureau mit Arbeit überladen und hatte wahrscheinlich darüber keine Meldung erstattet. Solche Irrtümer kommen in Bureaukorrespondenzen vor. Es war keine Tendenz dabei, sondern nur einfach ein kleines Versehen. Ich habe nie behauptet, Dr. Lewenstein nicht gesehen zu haben; im Gegenteil ich erinnere mich einer beiderseitig liebenswürdigen und interessanten Unterhaltung und sah einer weiteren Entwicklung entgegen. Solche ernste Fragen werden nicht unter vier Augen erledigt. Für Unterhandlungen ist der Weg frei. Konkrete Anträge werden dem A. C. vorgelegt und ohne Voreingenommenheit geprüft. Niemand darf am guten Willen des A. C. zweifeln."

Auf die Frage Roms, wie sich Sokolow grundsätzlich zur Frage der Annäherung aller orthodoxen Kreise verhalte, erklärte Sokolow: „Sämtliche Juden, die auf dem Boden der Balfourdeklaration der jüd. nationalen Heimstätte stehen, müssen in Erez-Israel mitarbeiten. Es ist dies nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht jeder jüd. Org. Die Modalitäten liessen sich nachher festsetzen. Prinzipiell bin ich der Ansicht, dass die Aguda, wie jede andere jüd. Org. zur Mitarbeit berufen ist. Ich bedaure dieses Missverständnis und stelle fest, dass, soviel ich mich erinnern kann, mir nach der Unterredung mit dem Vertreter der Aguda kein Schriftstück in Händen geblieben ist."

Hierauf brachte Rom aus Palästina eingetroffene Beschwerden zur Sprache. Man berichtete von Bevorzugung antireligiöser Chaluzim durch zion. Organe in Palästina. Auch auf dem Gebiet des Schulwesens würden die Orthodoxen zurückgesetzt, während der Misrachi als einer der aktivsten Bestandteile des Zionismus eine weitgehende Beachtung beanspruchen darf. Sokolow ersuchte, ihm über diese Frage wie überhaupt über die den Misrachi bewegenden Probleme eine detaillierte und dokumentierte Denkschrift vorzulegen und sicherte volle Aufmerksamkeit der Exekutive zu. Er verwies auf die Teilnahme der Misrachisten am Waad Hachinuch und konstatierte, dass die Unterrichtsanstalten, die dem Waad Hachinuch nicht unterstellt sind, dem Reliefwerk angehören. Goldschmidt setzte daraufhin auseinander, dass alle Orthodoxen zum Zionismus gehören sollten. Man nahm sich aber wenig Mühe, die Orthodoxie zur Mitarbeit heranzuziehen. Es müsste nach dieser Richtung eine zielbewusste Aktion einsetzen. Sokolow erneuerte den Ausdruck seiner Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten in Erez-Jsrael und in der Diaspora für Erez-Jsrael.

Nächste Schiffsabgänge des Lloyd Triestino.

Mitgeteilt von der

Reise- und Transportgesellschaft „Schweiz-Italien" Zürich.

Aegypten-Palästina: 6. und 12. Januar D. „Helouan" nach Alexandrien und Palästina.

Alexandrien-Jaffa-Haifa-Beirut-Konstantinopel: 9. und 23. Januar.

Piraeus-Konstantinopel-Smyrna-Beirut-Haifa-Jaffa: 2., 16. u. 30. Jan.

Konstantinopel: 13. u. 27. Januar nach Piraeus-Konstantinopel-Galatz. 6. u. 20. Januar nach Pireaus, Konstantinopel-Batum-Poti.

Bombay: Anfangs Januar.

Japan: 15. Januar.

Empfehlenswerte Firmen in St. Gallen u. Luzern

Comptoir d'Escompte de Genève

Kapital: Fr. 45,000,000 — Gegründet 1855 — Reserven Fr. 16,000,000

Eröffnung des Sitzes in Zürich:

Bahnhofstrasse 7

Anfangs Januar 1921.

Prompte und zuverlässige Besorgung sämtlicher Bankgeschäfte zu den vorteilhaftesten Konditionen.

Jede Auskunft erteilt bereitwilligst — **Die Direktion.**

Crowe & Co. Aktiengesellschaft
Internationale Transporte
in Basel, St. Gallen, Zürich, Chiasso, London, Manchester, Liverpool, Antwerpen, Paris, Marseille, Bordeaux, Dünkirchen, Straßburg, Mülhausen, Mailand, Rom, Genua und Como
empfehl. sich zur Uebernahme aller in ihr Fach einschl. Aufträge

---

COMMERZBANK
(AKTIENGESELLSCHAFT)
ZÜRICH, BAHNHOFSTR. 79
empfiehlt sich für sämtl. Banktransaktionen

CINEMA
BELLEVUE ZÜRICH
Programm ab Mitwoch, den 29. Dez. 1920 — Täglich ununterbrochen von 2^{30}—11 Uhr

Die erschütternde Filmtragödie der Jetztzeit:
Broken Blossoms
(Gebrochene Blüten)

Der Glücksbote Reizendes Lustspiel mit Marie Osborn und dem kleinen AFRIKANER

Charlot und Fatty | **Bellevue-Journal**

Ein Neujahrsprogramm wie es wohl noch nie geboten wurde

CINEMA-PALACE ZÜRICH
Programm von Mittwoch 29. Dez. bis Dienstag 4. Jan. — Täglich von 2½ bis 11 Uhr

Der sensationellste Film-Roman der Gegenwart!
Das Heim im Urwald
(Die verlorene Prinzessin)

Ein grandioses chinesisches Filmwerk in 6 Akten
Maud Stevens Roman
Aussergewöhnliches chinesisches Gesellschafts-Drama in 6 Akten. Packende Handlung mit feenhafter Ausstattung
In den Hauptrollen:
Tschin-Hou und Mag Murray.

Beachten Sie
bitte im „Tagblatt" die Programme nebenstehender Lichtspieltheater:

Orient-Cinema
Haus du Pont
Central-Theater
Weinbergstrasse 13
Eden-Lichtspiele
Rennweg
Roland-Kino
Langstrasse

GRAND CINEMA
LICHTBÜHNE
Tel. Selnau 5948 - BADENERSTR. 18 - Eigene Hauskapelle
Vom 29. Dez. bis 4. Jan. 1920 - Täglich v. 2½—10½ Uhr
5 AKTE — Erstaufführung — 5 AKTE
Samson
oder: Der Kindesraub im Zirkus Buffalo

4 Akte NEU! — Erstaufführnng! — 4 Akte NEU!
Trauen Sie Ihrem Dienstmädchen nicht!
Eine köstliche französische Komödie.

Internat. Transporte A. Natural, Le Coultre & Cie. A.-G.
Telephon Selnau 507 - ZÜRICH - St. Annahof
Basel, Genf, St. Gallen, Genua, Barcelona, Annemasse, Bellegarde, Bordeaux, Cette, Lyon, Marseille, Paris, Rouen, Antwerpen u. Brüssel
besorgen Ihre Transporte von und nach allen Richtungen zu vorteilhaften Konditionen - Jegl. Auskunft kostenfrei
VERSICHERUNG — VERZOLLUNGEN — SCHIFF-FAHRT

Seul Cabaret français à Berne
Direktion: FR. DUPERRET.
Inhaber: S. JAKOBSOHN.

Cabaret Minerva Bern
Täglich zwei Vorstellungen
Nachm. 5–7 und Abends 8–10½ Uhr
PRIMA KAFFEE - ERSTKL. WEINE
Genfergasse 8 Telephon 3377

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich

